Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen

1. (ratio legis) § 142 InsO beruht auf der Vorstellung des Gesetzgebers, daß Bargeschäfte im Sinne dieser Vorschrift die Haftungsmasse der Höhe nach unangetastet lassen und lediglich deren Zusammensetzung in einer für die übrigen Gläubiger unschädlichen Weise verändern (bloße Vermögensumschichtung).

2. (Anwendungsbereich) Nur kongruente Deckungen im Sinne von § 130 InsO stellen unter den weiteren Voraussetzungen von § 142 InsO Leistungen des Schuldners im Sinne dieser Vorschrift dar. § 142 InsO schränkt demnach ausschließlich die Anfechtbarkeit nach § 130

⁵¹⁶ S. oben b, vor aa.

⁵¹⁷ Henckel, in: Kölner Schrift zur InsO, S. 666, Rdnr. 41; zur (Un-) Anwendbarkeit des § 133 Abs. 2 InsO vgl.

InsO ein. Innerhalb der übrigen Anfechtungsgründe (§§ 131 - 136 InsO) spielt der Bargeschäftscharakter der schuldnerischen Leistung keine Rolle.

3. (Rechtsnatur) Liegen die Tatbestandsvoraussetzungen von § 142 InsO vor, entfällt die Anfechtbarkeit der schuldnerischen Leistung nach § 130 InsO, auch wenn dessen Voraussetzungen allesamt erfüllt sind. § 142 InsO läßt sich demnach als rechtshindernde Einwendung bzw. - in der Terminologie des Prozeßrechts - als rechtshindernde Einrede charakterisieren, weil er von Anfang an den § 130 InsO in der Entfaltung seiner Wirksamkeit hindert.

4. (Anforderungen an die Gegenleistung des Gläubigers) Gegenleistungen des Gläubigers, die - isoliert betrachtet - weder unmittelbar noch mittelbar das schuldnerische Aktivvermögen im Zeitpunkt ihrer Bewirkung erhöhen, und die auch keine Ersparnis von Aufwendungen für die Insolvenzmasse darstellen, gelangen nicht in das Vermögen des Schuldners. Eine Privilegierung nach § 142 InsO kommt in diesen Fällen nicht in Betracht.

5. (Besicherung von Sanierungskrediten) Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft im Sinne von § 19 III InsO und war dieser Schuldner im Zeitpunkt des Zug um Zug erfolgenden Leistungsaustauschs (Kredit gegen Sicherheit) zahlungsunfähig und zugleich im Sinne von § 19 II S. 2 InsO überschuldet, dann fehlt es an der für § 142 InsO erforderlichen Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung. (Gleiches gilt, wenn vor der Kreditgewährung die Fortführung des Unternehmens nicht überwiegend wahrscheinlich war, vgl. § 19 I S. 1 InsO, die durch die Kreditgewährung eingetretene überwiegende Wahrscheinlichkeit der Fortführung des Unternehmens aber dennoch nicht die Überschuldung im Sinne von § 19 II S. 2 InsO zu beseitigen vermochte).

6. (Beweislast) Aus dem Einwendungs- bzw. Einredecharakter des § 142 InsO folgt, daß der Gläubiger im Anfechtungsprozeß die Beweislast für das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale der ihm günstigen Vorschrift des §142 InsO trägt.